



Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses

19. Sitzung (öffentlich)

12. März 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 14:40 Uhr

Vorsitz: Carolin Kirsch (SPD)

Protokoll: Referat III.1

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz über die Gewährung von Sonderzahlungen zur Abmilderung der gestiegenen Verbraucherpreise in den Jahren 2023 und 2024 für das Land Nordrhein-Westfalen sowie zur Änderung des Landesministergesetzes**

3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/7986

Der Unterausschuss Personal **empfiehlt** dem Haushalts- und Finanzausschuss einstimmig, den Gesetzentwurf der Landesregierung **anzunehmen**.

- | | | |
|----------|--|----------|
| 2 | Zweites Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes | 4 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/8026 (Neudruck) | |
| | Der Unterausschuss spricht sich einvernehmlich dafür aus,
sich pflichtig an einer etwaigen Anhörung (Vorratsbeschluss)
im federführenden Innenausschuss zu beteiligen . | |
| 3 | Private Krankenversicherung als Attraktivitätspfeiler des Beamtenstatus erhalten – Keine Mehrbelastungen des Landeshaushalts und keine Einheitsversicherung durch Einführung einer pauschalen Beihilfe in Nordrhein-Westfalen | 5 |
| | Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/8114 | |
| 4 | Unbesetzte Stellen in der Landesverwaltung zum 01.01.2024 | 6 |
| | Vorlage 18/2244 | |
| 5 | Überstundenverfall bei der Polizei bis zum 31.12.2023 | 7 |
| | Vorlage 18/2269 | |
| 6 | Digitalisierungsoffensive in der Finanzverwaltung | 8 |
| | Vorlage 18/2354 | |
| 7 | Verschiedenes | 9 |

1 Gesetz über die Gewährung von Sonderzahlungen zur Abmilderung der gestiegenen Verbraucherpreise in den Jahren 2023 und 2024 für das Land Nordrhein-Westfalen sowie zur Änderung des Landesministergesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/7986

Der Gesetzentwurf (Drucksache 18/7986) wurde vom Plenum nach erster Lesung am 28.02.2024 zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) sowie zur Mitberatung an den Unterausschuss Personal überwiesen.

Vor der Abstimmung bittet **Stefan Zimkeit (SPD)** darzulegen, aus welchen Haushalts- titeln und Verstärkungsmitteln die Finanzierung der Sonderzahlungen erfolge. Die ausführliche Beantwortung werde für die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 14. März 2024 erbeten.

Der Unterausschuss Personal **empfiehlt** dem Haushalts- und Finanzausschuss einstimmig, den Gesetzentwurf der Landes-
regierung **anzunehmen**.

2 **Zweites Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/8026 (Neudruck)

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Landesbeamtengesetzes wurde vom Plenum am 28.02.2024 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss sowie zur Mitberatung an den Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) und an den Unterausschuss Personal überwiesen.

Der Unterausschuss spricht sich **einvernehmlich** dafür aus, sich pflichtig an einer etwaigen Anhörung (Vorratsbeschluss) im federführenden Innenausschuss zu **beteiligen**.

3 Private Krankenversicherung als Attraktivitätspfeiler des Beamtenstatus erhalten – Keine Mehrbelastungen des Landeshaushalts und keine Einheitsversicherung durch Einführung einer pauschalen Beihilfe in Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/8114

Der Antrag in Drucksache 18/8114 wurde vom Plenum am 28.02.2024 zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) sowie zur Mitberatung an den Unterausschuss Personal und an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.

Abgeordneter **Ralf Witzel (FDP)** regt namens der FDP-Fraktion an, nach der Sommerpause eine Präsenzanhörnung gemeinsam mit dem Haushalts- und Finanzausschuss durchzuführen.

4 Unbesetzte Stellen in der Landesverwaltung zum 01.01.2024

Vorlage 18/2244

Stefan Zimkeit (SPD) nimmt Bezug auf das Kapitel 03 310 (Bezirksregierungen) und fragt nach, um wie viele Stellen es sich bei den Anwärtnerinnen und Anwärtern bzw. Auszubildenden handeln würde.

Diese Zahlen werden laut **RR'in Karin Schneider (IM)** nachgeliefert.

Ralf Witzel (FDP) bittet um Auskunft, ob die Abfrage zur Stellenbesetzung seitens der Landesregierung automatisch erfolge.

Gemäß **AR Maximilian Langer (FM)** erfolge die große Abfrage (vgl. Vorlage 18/2244) regelmäßig zum 01.01. eines jeden Jahres. Außerdem werden jeweils zum 01.01 die Abordnungsstellen erfasst.

Zum 01.04., zum 01.07. und zum 01.10. werden ausschließlich die Stellenbesetzungen abgefragt.

5 Überstundenverfall bei der Polizei bis zum 31.12.2023

Vorlage 18/2269

Laut **LPD Markus Henkel (IM)** gebe es seit der letzten Beratung vor drei Wochen keine neuen belastbaren Zahlen.

Ralf Witzel (FDP) regt daher an, das Thema erneut für die Sitzung am 16.04.2024 vorzusehen.

Des Weiteren bittet er unter Bezugnahme auf die Vorlage um Übersendung der Dienstvereinbarung zwischen Behördenleitung und Personalrat sowie des im März 2023 im Intranet veröffentlichten Sensibilisierungserlasses, der die rechtlichen Hintergründe der Entstehung, der Verjährung und der Handhabung von Mehrarbeit erläutere.

LPD Markus Henkel (IM) konstatiert, dass es sich um verwaltungsinterne Regelungen handle. Es müsse zunächst geprüft werden, ob sie zur Verfügung gestellt werden können.

Sollte die Zuleitung einer offenen Vorlage nicht möglich sein, werde gemäß **Ralf Witzel (FDP)** um Übersendung einer Vertraulichen Vorlage gebeten.

6 Digitalisierungsoffensive in der Finanzverwaltung

Vorlage 18/2354

Stefan Zimkeit (SPD) vermisse bei dieser umfangreichen Vorlage die Zeit- und Zielpläne zur Umsetzung der Maßnahmen.

Ralf Witzel (FDP) wolle wissen, wieso der Tagesordnungspunkt nur für den Unterausschuss Personal angemeldet worden sei, obwohl inhaltlich viele Aspekte genannt werden, die auch die Arbeit des Haushalts- und Finanzausschusses betreffen würden.

Gemäß **MDgtin Deborah Dautzenberg (FM)** habe das Ministerium der Finanzen den Bericht abgegeben, um einen ersten Überblick und Einschätzung über die beabsichtigten Maßnahmen zu geben. Da die Maßnahmen in erster Linie die Vielzahl von Beschäftigten der Finanzverwaltung betreffen, wurde der Bericht zunächst dem Unterausschuss Personal übermittelt. Konkrete Nachfragen zu den Zeitplänen etc. könne das Finanzministerium – wenn gewünscht – nachliefern.

Vorsitzende Carolin Kirsch empfiehlt, den Bericht in Vorlage 18/2354 in der nächsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses aufzurufen.

7 Verschiedenes

Vorsitzende Carolin Kirsch weist darauf hin, dass für die nächste Sitzung am 16. April 2024 ein zeitlicher Rahmen von einer Stunde gegeben sei. Ab 15.00 Uhr führe der Haushalts- und Finanzausschuss eine Anhörung durch.

gez. Carolin Kirsch
Vorsitzende

12.03.2024/17.04.2024